

Niederschrift

JHA/008/2021

über die öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des
Jugendhilfeausschusses der Stadt Rheine
am 25.11.2021

Die heutige Sitzung des Jugendhilfeausschusses der Stadt Rheine, zu der alle Mitglieder ordnungsgemäß eingeladen und - wie folgt aufgeführt - erschienen sind, beginnt um 17:00 Uhr im Sitzungssaal 126 des Neuen Rathauses.

Anwesend als

Vorsitzender:

Herr Dieter Fühner	CDU	Ratsmitglied/Vorsitzender
--------------------	-----	---------------------------

Mitglieder:

Herr Til Beckers	CDU	Ratsmitglied
Herr André Heeke	FDP	Sachkundiger Bürger
Herr Udo Hewing	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Ratsmitglied
Frau Gabriele Leskow	SPD	Ratsmitglied/1. Stellv. Vorsitzende
Frau Claudia Reinke	CDU	Ratsmitglied
Frau Raphaela Scholz	CDU	Ratsmitglied
Herr Heiko Schomaker	UWG	Sachkundiger Bürger
Frau Antonia Richter		Ausschussmitglied f. Jugendverbände
Herr Max Richter		Ausschussmitglied f. Jugendverbände
Herr Carsten Timpe		Ausschussmitglied f. Jugendverbände
Herr Winfried Hülsbusch		Ausschussmitglied f. Jugendwohlfahrtsverbände

beratende Mitglieder:

Herr Heinz-Jürgen Wisselmann	BfR	Sachkundiger Bürger
Herr Bernhard Jäschke		AG 78

beratende Sachkundige Einwohner:

Frau Barbara Kammer		Ausschussmitglied f. Schulen
Frau Claudia Raneberg		Ausschussmitglied f. Evangelische Kirche
Frau Andrea Bischoff		Sachkundige Einwohnerin f. Familienbeirat
Frau Nina Jansen		Sachkundige Einwohnerin f. den Beirat f. Menschen mit Behinderung

Vertreter:

Herr Jörg Lewinski	FDP	Vertretung für Frau Sylvia Egelkamp
Frau Tatjana Lücke	SPD	Vertretung für Frau Yvonne Köhler

Verwaltung:

Frau Andrea Atrott		Vorzimmer Beigeordneter
Herr Raimund Gausmann		Beigeordneter
Herr Stefan Jüttner - von der Gathen		Stabstelle Dezernat II
Frau Annette Wiggers		Jugendamtsleiterin

Herr Ingo Schmitz		Stellv. Schriftführer
-------------------	--	-----------------------

Entschuldigt fehlen:

Mitglieder:

Frau Yvonne Köhler	SPD	Ratsmitglied
Frau Sylvia Egelkamp		Ausschussmitglied f. Jugendwohlfahrtsverbände
Frau Petra Fettich		Ausschussmitglied f. Jugendwohlfahrtsverbände

beratende Mitglieder:

Frau Annette Floyd-Wenke	DIE LINKE	Ratsmitglied
--------------------------	-----------	--------------

beratende Sachkundige Einwohner:

Herr Domenico Bellinvia	Ausschussmitglied f. Katho- lische Kirche
Frau Andrea Deupmann	Ausschussmitglied f. Ar- beitsverwaltung
Herr Stefan Heskamp	Ausschussmitglied f. Polizei
Herr Jörg Langhans	Ausschussmitglied f. Rich- ter
Frau Karin Sauerland	Jugendamtsealternbeirat
Herr Vincenzo Pirone	Sachkundiger Einwohner f. Integrationsrat

Herr Fühner eröffnet die heutige Sitzung des Jugendhilfeausschusses der Stadt Rheine.

Änderungsanträge zur Tagesordnung werden nicht gestellt.

Öffentlicher Teil:

1. Niederschrift Nr. 7 über die öffentliche Sitzung am 28.10.2021

Herr Gausmann teilt zur Klarstellung zwei Korrekturen in der Teilnehmerliste mit:

Frau Schulz-Bennecke war in der Sitzung um 18 Uhr als Mitglied und Frau Kammer entsprechend als Gast anwesend.

Herr Timpe war aufgrund der Vorstellung der Einrichtung als Gast anwesend. Seine Vertretung, Frau Köhler, war als Mitglied anwesend.

Ansonsten gibt es keine Änderungs- und Ergänzungswünsche.

2. Informationen der Verwaltung

Herr Gausmann teilt Folgendes mit:

Das Kinderschutzgesetz habe sich geändert. Alle Anwesenden erhielten ein aktuelles Exemplar als Buch.

Zum 1. Mai 2022 solle auch das geänderte Kinderschutzgesetz des Landes NRW in Kraft treten. Hier seien auch einige Änderungen zu erwarten. Zu gegebener Zeit werde sich hier damit beschäftigt. Mehr Informationen seien aktuell leider nicht verfügbar.

Herr Fühner regt an, das neue KiSchG auch in digitaler Form bereitzustellen. Dies solle dann dem Protokoll beigelegt werden.

Frau Richter gibt die kurze Information des Stadtjugendringes, dass in der letzten Sitzung zum Turnier am 4. Dezember 2021 eingeladen worden sei. Aufgrund der aktuellen Corona-Situation werde diese Veranstaltung abgesagt; es werde zu gegebener Zeit im kommenden Jahr neu eingeladen.

3. Einwohnerfragestunde

Es gibt keine Einwohnerfragen.

4. Informationen aus dem Familienbeirat

Frau Bischoff führt aus, dass die letzte Sitzung schwerpunktmäßig den Familienbericht beinhaltet habe, um Arbeitspunkte festzustellen. Aufgrund der Corona-Situation werde leider die Teilnahme an dem geplanten gemeinsamen Präsenztermin am 15. Dezember 2021 abgesagt.

Es habe sich zwischenzeitlich auch eine Arbeitsgemeinschaft zum Familienpass innerhalb des Familienbeirates gebildet. Kernziel solle die Steigerung des Bekanntheitsgrades des Familienpasses und die Akquise werden.

Es gibt keine weiteren Fragen an den Familienbeirat.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

5. Vorschlag zur Finanzierung des Projektantrages des Jugend- und Familiendienstes e. V. und des Stadtjugendringes Rheine e. V. Projekt: „Fit für Demokratie – Jugend stärken für Toleranz, Beteiligung und Vielfalt“ Vorlage: 620/21

Herr Gausmann führt in die Vorlage ein und verweist auf den Tagesordnungspunkt der letzten Sitzung. Zwischenzeitlich hätten die Ressourcen geprüft werden können, und es sei festgestellt worden, dass die erforderlichen Finanzmittel im Budget vorhanden seien. Eine Budgeterhöhung sei deshalb nicht erforderlich. Sollte dies wider Erwarten nicht der Fall sein, würde dies im Berichtswesen mitgeteilt werden. Darüber hinaus werde die Richtlinie zur Förderung auch für andere Akteure geöffnet. So werde eine breite Beteiligungsmöglichkeit sichergestellt.

Frau Reinke begrüßt die konkrete Umsetzung. Sie glaube, es sei wichtig geworden, da sich die Jugend immer mehr für politische Themen interessiere. Gleichzeitig gebe es in den Medien eine Radikalisierung, sodass die Jugend fit gemacht werden müsse. Auch die Ampelkoalition möchte das Wahlrecht ab 16 Jahren einführen.

Frau Leskow führt aus, dass seit Jahrzehnten die Jugend an die Politik herangeführt werde. Hier werde das KidS-Projekt erwähnenswert. Das Programm werde daher sehr begrüßt und unterstützt.

Herr Fühner ergänzt, dass eigentlich solche Programme für alle Altersschichten wünschenswert seien.

6. Teiljahresabschlussbericht 2020, Sonderbereich 2, Produktgruppe 21 - Jugendamt

Vorlage: 596/21

Herr Gausmann führt in die Vorlage ein. Die Entlastung des Bürgermeisters für den Jahresabschluss 2020 sei in der letzten Ratssitzung erfolgt. Die ersten Corona-Folgen seien im Bereich der Hilfe zur Erziehung mit zusätzlichen 6 Mio. Euro bereits ersichtlich. Anhand dieser Spitze werde deutlich, dass noch mehr finanzielle Folgen zu erwarten seien.

Frau Reinke weist auf einen Fehler auf Seite 3 der Vorlage hin, dort fehle beim Wert 6.000 Euro das Minuszeichen im Produkt 2104. Sicher sei, dass nicht nur die Corona-Kosten Spuren hinterlassen hätten, sondern die zu erwartenden wiederkehrenden Einschränkungen Folgen haben würden. Natürlich seien die steigenden Kosten im Blick zu halten, aber wichtiger sei das Kindeswohl.

Herr Hewing erkundigt sich nach den gestiegenen ambulanten Hilfemaßnahmen. Er möchte wissen, welche Hilfe am meisten gestiegen sei.

Herr Gausmann führt aus, als Grundtendenz sei bei ambulanten Hilfen festzustellen, dass dort stark hätte interveniert werden müssen.

Bei Inobhutnahmen habe es eine Sondervereinbarung mit der Evangelischen Jugendhilfe gegeben, weil eine weitere zusätzliche Einrichtung hätte abgebildet werden müssen.

Bei der Schulassistenz sei entschieden worden, die Beschäftigung beizubehalten, um kompensatorisch zu handeln. Diese isolierten Kosten dafür würden sich allein in einem mittleren 6-stelligen Bereich bewegen.

Grundsätzlich habe es auch die jährlichen normalen Steigerungsraten gegeben.

Herr Gausmann erläutert, dass es nicht mehr Inobhutnahmen gegeben habe, sondern die Stand-by-Einrichtung hätte zu höheren Kosten geführt.

Bei den Praxen und Beratungsstellen sei festzustellen, dass die Nachfrage an Unterstützung in unterschiedlichen Konfliktsituationen so hoch sei, dass die Kapazitätsgrenzen erreicht würden.

Herr Hülsbusch ergänzt, dass es sich aktuell nur um eine Corona-Spitze handeln würde, aber die Breite noch kommen werde. Daher sei mit erheblichen Spätfolgen zu rechnen.

**7. Berichtswesen 2021, Stichtag 31.10.2021, Sonderbereich 2, Produktgruppe 21 - Jugendamt
Vorlage: 595/21**

Herr Gausmann führt in die Vorlage ein. Die Gemeindeprüfungsanstalt prüft derzeit ebenfalls die Ausgaben im Bereich des Jugendamtes. Damit werde sich im kommenden Jahr auch in einer Sitzung zu beschäftigen sein. Schon vorab könne jetzt festgestellt werden, dass die Kosten der Heimerziehung am oberen Rand des Kostenrahmens seien. Dies basiere auf der strategischen Sichtweise, vorübergehende Fremdplatzierung mit höheren Kosten und bester Qualität bedarfsgerecht im Einzelfall zu nutzen als eine langfristige stationäre Unterbringung zu günstigen Tagessätzen. Dies Thema werde weiter aufgearbeitet und entsprechend mit dem Bericht des Gemeindeprüfungsamtes thematisiert. Dies sei nur eine Mitteilung vorab.

**8. Stellenplan 2021 für das Jugendamt
Vorlage: 459/21**

Herr Gausmann führt in die Vorlage ein.

Herr Schomaker teilt mit, dass die UWG hier noch Beratungsbedarf habe und sich deshalb enthalten werde.

**9. Beratung Ergebnis- und Investitionsplan 2022 - 2025, Sonderbereich 2, Produktgruppe 21 - Jugendamt
Vorlage: 597/21**

Herr Gausmann führt in die Vorlage ein. Es habe sich eine kostenneutrale Änderung ergeben. Mindereinnahmen und -ausgaben seien im BuT-Bereich zu verzeichnen, da das Land das Angebot nicht mehr finanzieren würde. Es habe ein Wechsel des zuständigen Ministeriums gegeben. Dies habe zur Folge, dass die Finanzmittel jetzt in die Schulsozialarbeit fließen würden, sodass das BuT-Lotsenangebot ersatzlos entfalle. Man könne nur hoffen, dass dieses nicht zu einem Einbruch der BuT-Nachfrage führe.

Frau Lücke weist darauf hin, dass dies den Grundschulleitungen große Sorge bereite. Sie wolle die Politik ansprechen. Es gebe eine Studie, die die Wichtigkeit für Chancengleichheit und Nachfrage nach BuT-Lotsen herausgefunden habe.

Herr Fühner erläutert, dass das Land hier ein absolut falsches Signal setze. Es nehme den Grundschulen die Möglichkeit der Beratung. Die Sorge sei groß, dass die zustehende Leistung nicht mehr bei den Kindern ankommen werde. Dies sei nicht gegen die Schulsozialarbeit gerichtet, sondern die BuT-Lotsen sollten erhalten werden.

Frau Richter weist darauf hin, dass beim JFD aus der Elternschaft bezüglich der BuT-Lotsen Rückfragen kommen würden, wie es weitergehe und wer zukünftig der Ansprechpartner sein werde. Darauf könne entsprechend nicht geantwortet werden. Glücklicherweise könne das Personal trotz Wegfall dieser Aufgabe und Stellen anders weiterbeschäftigt werden.

Herr Schomaker teilt mit, dass die UWG hier noch Beratungsbedarf habe und sich deshalb enthalten werde.

10. Anfragen und Anregungen

Herr Gausmann informiert, dass sich die AG 78 Kita sehr intensiv mit dem Thema Kinder mit Behinderungen in Regeleinrichtungen beschäftigt habe. Derzeit sollen über die AG 78 die Gelingenheitsbedingungen beschrieben werden. Anschließend sollen sie dann in die Jugendamtsleiterrunde weitergetragen werden. Dies Thema würde dann sicherlich in einer Jugendhilfeausschusssitzung im I. Quartal 2022 platziert werden.

Herr Jäschke ergänzt, dass das Thema in der AG 78 große Sorge bereitet habe. Es solle sich nicht der gleiche Prozess wie in den Förderschulen wiederholen. Im Rückblick sei der dortige Prozess nicht sehr gut verlaufen. Insbesondere sei eine Verschiebung ohne ausreichende Voraussetzungen dringend zu vermeiden. Bis heute seien in den Schulen immer noch nicht ausreichende Voraussetzungen geschaffen worden. Dies solle sich hier nicht wiederholen.

Herr Fühner erläutert, dass dies früher schon ein wichtiges Thema gewesen sei und auf die Ergebnisse der AG 78 gewartet werde. Verbindlich sei, dass dieses Thema ein eigener Tagesordnungspunkt in einer der kommenden Sitzungen werde. Daher werde das Thema fest in die Arbeitsplanung für das kommende Jahr mit aufgenommen.

Frau Lücke informiert, dass sie kürzlich Kontakt zum Landeselternbeirat gehabt habe. Das Thema sei auch dort aktuell, da sich vermehrt betroffene Eltern dazu melden würden.

Frau Reinke erläutert, dass ihr aus ihrem beruflichen Kontext verstärkt bekannt sei, dass Eltern mit den sozialen Medien sehr überfordert seien. Rheine habe das Elternbegleitbuch, und dieses Thema, insbesondere „Was ist wann richtig?“ möge doch darin aufgenommen werden. Dies betreffe auch alle sozialen Schichten sowie ältere Kinder. Es sei festzustellen, dass FSK 16 von Eltern bereits für 12-jährige Kinder als normal angesehen werde. Es solle den Eltern etwas an die Hand gegeben werden, da diese augenscheinlich in dieser Thematik größtenteils überfordert seien. Hier gebe es in Rheine eine echte Schieflage.

Herr Fühner bestätigt, dass dieses Thema mitgenommen werde. Dies werde sicherlich ein zukünftiger eigenständiger Tagesordnungspunkt.

Frau Wiggers ergänzt, dass sie prüfen werde, inwieweit das Thema auch in den Elternbriefen mit aufgenommen werden könne.

Ende der Sitzung: 17:50 Uhr

Dieter Fühner
Ausschussvorsitzender

Ingo Schmitz
stellv. Schriftführer